

Nachhaltige Mobilität

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

In einer arbeitsteiligen und flexiblen Wirtschaft müssen der Personen- und Güterverkehr möglichst reibungslos funktionieren. Gleichzeitig sind verkehrsbedingter Lärm und Luftverschmutzung zu minimieren. Daher müssen verschiedene Verkehrsträger, wie beispielsweise der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), Pkw, Lkw oder Radverkehr bestmöglich miteinander vernetzt werden. Während in Ballungsräumen Mobilität zunehmend durch fehlende Kapazitäten eingeschränkt wird, fehlen im ländlichen Raum oftmals Alternativen zum Individualverkehr.

Eine nachhaltige Mobilität, die sowohl den Umweltaspekten als auch den Anforderungen der Wirtschaft Rechnung trägt, kann erreicht werden, indem die bayerische Landespolitik folgende Maßnahmen ergreift:

- Die Leistungsfähigkeit des ÖPNV erhöhen
- Neue Mobilitätsangebote für Städte und ländliche Räume entwickeln und bestehende ausbauen
- Den Einsatz alternativer Antriebstechnologien forcieren
- Die Digitalisierung des Verkehrs vorantreiben

Leistungsfähigkeit des ÖPNV erhöhen

Ein attraktives Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht eine schnelle Fortbewegung insbesondere in Ballungsräumen. Gleichzeitig trägt der ÖPNV zur Reduktion des Verkehrsaufkommens sowie zur Entlastung der Umwelt bei, da Individualverkehr reduziert wird. Angesichts der rasch wachsenden Mobilitätsnachfrage, bei gleichzeitig akuten Kapazitätsengpässen und einer spürbaren Umweltbelastung, muss das ÖPNV-Angebot gestärkt und kontinuierlich erweitert werden. Notwendig ist ein Ausbau des ÖPNV sowohl in Ballungszentren als auch im ländlichen Raum – insbesondere da die Pendlerzahlen in Umlandgemeinden steigen. Mit besseren Beförderungskapazitäten können Berufspendler für einen Umstieg auf den ÖPNV motiviert werden. Dazu gehören verdichtete Taktfahrpläne, die bestmögliche Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel, die Beseitigung von Lückenschließungen sowie die Schaffung neuer Direktverbindungen. Der Freistaat muss hierfür über die vom Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel nach dem Landes-GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) hinaus zusätzliche eigene Gelder bereitstellen. Ergänzend muss er sich für eine Budgeterhöhung im Rahmen des Bundes-GVFGs von derzeit 333 Millionen Euro pro Jahr auf 500 Millionen Euro pro Jahr auf Bundesebene einsetzen.

Stimme der Wirtschaft

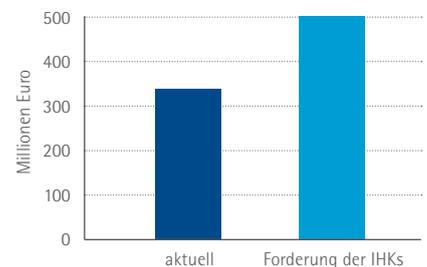
Nachhaltige Mobilitätslösungen helfen, den Verkehrsfluss am Leben zu erhalten und die Luftqualität zu verbessern. Neben einem ausreichend großen Mobilitätsangebot und entsprechenden Fahrzeugkonzepten brauchen wir eine klare politische Linie bei diesen Themen, um als Unternehmen hier noch mehr Verantwortung übernehmen zu können.

Peter Blösl, Niederlassungsleiter United Parcel Service Deutschland Inc. & Co. OHG, Mitglied des Verkehrsausschusses der IHK für München und Oberbayern

Forderungen

- Ausbau des ÖPNVs auf Schiene und Straße fördern
- Erhöhung der Fördermittel für den ÖPNV in Bayern

Budgeterhöhung Bundes-GVFG



Quelle: Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Neue Mobilitätsangebote für Städte und ländliche Räume entwickeln und bestehende ausbauen

Umstiegsmöglichkeiten für Pendler verbessern

Fehlende ÖPNV-Angebote und zu wenige Möglichkeiten, vom Auto auf den ÖPNV oder andere Verkehrsträger umzusteigen, führen zu unnötig hohem Straßenverkehr. Ziel sollte sein, einfache Alternativen zum Individualverkehr anzubieten. Hierzu sollten der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel oder die Bildung von Fahrgemeinschaften erleichtert und bestehende Angebote von Park & Ride, Bike & Ride sowie Pendlerparkplätze an Zug- oder Busstationen erweitert werden. Bereits jetzt fördert der Freistaat diesen Ausbau. Allerdings fallen für Kommunen teils erhebliche Folgekosten für die Instandhaltung an. Zudem haben sie selbst wenig Nutzen, oftmals sogar zusätzliche Belastungen durch Zu- und Abfahrten sowie den Flächeneinsatz. Um den Ausbau der Umstiegsmöglichkeiten zu beschleunigen, sollte der Freistaat die Folgekosten für deren Betrieb übernehmen oder Kompensation für bereitgestellte Flächen leisten.

Multimodale Mobilitätsangebote zügig ausbauen

Aktuell gibt es in Bayern einige Musterprojekte für multimodale Mobilitätsangebote im Innenstadtbereich. Diese Angebote dienen dazu, durch die intelligente Verknüpfung aller Verkehrsträger deren jeweilige Vorteile ideal zu nutzen. Beispielsweise können ÖPNV mit Carsharing-Diensten und Mieträdern lokal gebündelt werden. Ein zügiger Ausbau dieser Systeme erweitert das Angebot einer umweltverträglichen Verkehrsmittelwahl ganz erheblich. Die Landespolitik sollte die Kommunen bei diesem Ausbau unterstützen, beispielsweise durch ein spezifisches Förderprogramm. Für ländliche Räume hingegen muss die Entwicklung individueller Mobilitätskonzepte forciert und gesonderte Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Diese Förderung sollte sowohl beim ÖPNV ansetzen – zum Beispiel durch einen höheren Einsatz von Fahrradanhängern für Linienbusse – als auch die Etablierung neuer Mobilitätsangebote, wie der Mitfahrerbank, unterstützen.

Neue Belieferungskonzepte für die Innenstädte entwickeln

Die innerstädtische Belieferung wird aktuell bis hin zum Endverbraucher vorwiegend mit Kleintransportern abgewickelt. Mit Umschlagsflächen (Mikrodepots) könnten zentrale Anlieferungsstellen für Lieferfahrzeuge bereitgestellt werden, um von dort aus die Feinverteilung der Sendungen mit kleinen, umweltfreundlicheren Fahrzeugen vorzunehmen. Hierzu wäre es sinnvoll, den Genehmigungsprozess nach Bayerischer Bauordnung oder Bayerischen Straßen- und Wegegesetz für die Aufstellung und Nutzung solcher Mikrodepots zu vereinfachen.

Einsatz alternativer Antriebstechniken forcieren

Marktwirtschaftlichen Ideenwettbewerb fördern

Mit emissionsarmen Antrieben kann die Umweltbelastung reduziert werden. Durch Verbote von Verbrennungsmotoren oder die einseitige Konzentration auf E-Mobilität werden jedoch der technologische sowie der marktwirtschaftliche Ideenwettbewerb behindert. Das hat negative Auswirkungen, nicht nur auf den Fahrzeugbau. Der Freistaat sollte die Entwicklung innovativer und emissionsarmer Technologien fördern, beispielsweise indem die Flotten des ÖPNV verstärkt auf emissionsarme Technologien setzen.

Ladeinfrastruktur in Miet- und Wohnungseigentümergeinschaften erleichtern

Die Errichtung von Ladeinfrastruktur sowohl im Gebäudebestand als auch im Neubau begegnet heute noch erheblichen rechtlichen Hemmnissen. Schließlich setzt die Installation einer Lademöglichkeit die Zustimmung des Vermieters bzw. der Wohnungseigentümergeinschaft voraus. Insbesondere bei Wohnungseigentümergeinschaften scheitert daher meist das Vorhaben. Hier sollte sich die Landespolitik mit Nachdruck dafür einsetzen, dass ihr diesbezüglicher Gesetzesvorstoß zum Abbau der Hemmnisse umgehend in geltendes Recht überführt wird.

Digitalisierung des Verkehrs vorantreiben

Derzeit ist der Verkehrsfluss vorwiegend durch individuelles Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer geprägt. Die digitale Verarbeitung und Vernetzung von Echtzeitdaten im Straßenverkehr und ÖPNV ermöglichen eine Optimierung des Verkehrsflusses und damit eine Verringerung der Umweltbelastung sowie eine Erhöhung der Verkehrssicherheit. Grundvoraussetzung ist ein flächendeckendes Funknetz mit mindestens 4G-Standard. Daneben sollte die Landespolitik langfristig eine überregionale digitale Verkehrssteuerung aufbauen. Derzeit starten Modellversuche, beispielsweise für das Stadtgebiet München. Diese Erkenntnisse müssen auch zur digitalen Verkehrssteuerung über Ballungsräume hinaus genutzt werden.

Ansprechpartner:

Joseph Seybold

☎ 089 5116-0

@ seybold@muenchen.ihk.de

Forderungen



- Umstiegsplätze finanziell fördern
- Multimodale Mobilitätsangebote ausbauen
- Genehmigung von Mikrodepots vereinfachen

Verwandte Themen



- IKT-Infrastruktur
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Verkehrswege ausbauen und ertüchtigen

Forderungen



- Emissionsfreie Technologien ideologiefrei fördern
- Genehmigung von Ladeinfrastruktur im privaten Wohnungsbau erleichtern

Forderungen



- Flächendeckendes Mobilfunknetz mindestens in 4G-Standard
- Überregionale digitale Verkehrssteuerung anstreben



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter bihk.de/landtagswahl